

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Haushalte der bayerischen Kommunen leiden unter strukturellen Ungerechtigkeiten und Fehlstellungen, die seit Jahren nicht behoben werden. Hatten die Kommunen schon immer wenig Einfluss auf die Entwicklung ihrer Einnahmen – sie können weder die Konjunktur noch die grundlegende Höhe von Steuern beeinflussen –, so können sie mittlerweile auch die von ihnen zu verantwortenden Ausgaben – in Art und Höhe – zunehmend weniger beeinflussen. Auch die Stadt Amberg muss beispielsweise Kredite aufnehmen, um die Defizite im Klinikum auszugleichen, die wegen der Unterfinanzierung Seitens des Bundes und des Freistaates entstehen. Die Stadt Amberg muss im Sozialen Ansprüche erfüllen, die vom Bundesgesetzgeber beschlossen und den Kommunen aufgebürdet werden – insbesondere muss die Stadt Amberg zur Erfüllung der Aufgaben Personal einstellen. Da auch noch Baukosten steigen, technische Vorgaben zunehmen, Tarifsteigerungen finanziert werden müssen oder Berichts- und Dokumentationspflichten überhandnehmen, wird der Gestaltungsspielraum immer enger. Besonders nachdenklich stimmt dabei, dass das allgemein beklagte „Staatsversagen“ hinsichtlich Infrastrukturzustand, Bearbeitungszeiten und -kosten oder bürokratischer Gängelung in den Kommunen wahrgenommen und nicht selten von den Bürgern dort auch verortet wird. Auf den Punkt gebracht: Die Kommunen löffeln die Suppe aus, die andere einbrocken.

Dank ihrer, von der bürgerlich-ökologischen Gestaltungsmehrheit maßgeblich mitgestalteten, soliden und konsequenten Haushaltsführung ist die Stadt Amberg nach wie vor in der Lage, das zu tun, was nötig ist, das zu investieren, was nötig ist und gleichzeitig nachfolgenden Generationen nur tragbare Schulden zu hinterlassen. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Amberg und das Amberger Umland!

In den vergangenen Jahren hat der Stadtrat insbesondere im Baubereich Maßnahmen präventiv und als Zukunftsinvestitionen beschlossen – hier seien vor allem die Innenstadt-Million sowie die Stadtteile-Million oder die Ausweisung von Gewerbegebieten genannt –, die nicht im angemessenen Tempo und erforderlichen Umfang vorangetrieben und umgesetzt wurden. Dies wirkt sich auch auf die Aufstellung der kommenden Haushalte negativ aus. Der Haushaltsgeber muss erwarten können, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Mittel entsprechend seiner politischen Vorgabe eingesetzt werden. Die Verantwortungen sind klar verteilt.

Im Haushaltsjahr 2026 führen die oben angesprochenen, strukturellen Ungerechtigkeiten dazu, dass der kommunale Haushalt nicht wie üblich ausgeglichen bzw. die Genehmigungsfähigkeit nicht erreicht werden kann. Der Einsatz von Ersatzdeckungsmitteln ist nötig – die Gestaltungsmehrheit im Stadtrat hat dabei im Blick, dass die Rücklagen der Stadt soweit immer möglich geschont werden, um die Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Die konsequente Linie der vergangenen Jahre wird dennoch fortgeführt werden können. Amberg's Finanzen sind nach wie vor solide. Wir werden nicht deswegen auf nötige Investitionen verzichten, weil andere Lasten auf uns abwälzen. Wir können nicht nur gestalten, wir tun es auch.

I.

Der Stadtrat möge beschließen, die nachfolgend aufgeführten Positionen im Verwaltungs- sowie im Vermögenshaushalt zu verändern bzw. aufzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Haushaltsstellen anzupassen.

Verwaltungshaushalt

HHSt.	Maßnahme	Veränderung	Anmerkung
0.0681.5013	Rathaus Fenster	in 2026 25.000 € streichen	In der aktuellen Lage sollen erst die Bildungseinrichtungen und Vereine berücksichtigt werden, dann die städtischen Liegenschaften
0.0681.5013	Hochbauamt Fenster	in 2026 20.000 € streichen	In der aktuellen Lage sollen erst die Bildungseinrichtungen und Vereine berücksichtigt werden, dann die städtischen Liegenschaften
0.0681.5013	Raseliushaus Fenster	in 2026 20.000 € streichen	In der aktuellen Lage sollen erst die Bildungseinrichtungen und Vereine berücksichtigt werden, dann die städtischen Liegenschaften
0.2351.5013	Gregor-Mendel-Gymnasium / Flachdach Notreparatur	in 2026 100.000 € einstellen	ALTERNATIV: Neuerstellung Dach über Sondervermögen Infrastruktur im VermögensHH finanzieren
0.2351.5013	Gregor -Mendel- Gymnasium / Trennvorhänge	in 2026 6.000 € einstellen	
0.2122.5013	Luitpold-Mittelschule / Holzfenster streichen	in 2026 30.000 € einstellen	
0.2106.5013	Max-Josef-Schule / Trennvorhänge	in 2026 17.000 € einstellen	
0.2352.5013	Erasmus-Gymnasium / Fenster+Fassade+WDVS Treppenhaus Neubau	in 2026 30.000 € einstellen für neuen Raum im Verbindungsbau	Raum wg. G9 nötig; ALTERNATIV: da Neuerstellung über Sondervermögen Infrastruktur im VermögensHH finanzieren inkl. Maßnahme für das Treppenhaus

0.8801.5013	Dekan-Hirtreiter-Straße 5 Stadtteil- Kommunikationszent. / Boden DAV	in 2026 3.000 € einstellen	Eigenleistung des Vereins fördern
0.2352.5013	Erasmus-Gymnasium / Wasserschäden Außenwand NW-Seite Turnhalle	in 2026 30.000 € einstellen; gleichzeitig Einnahme von 30.000 € einstellen als Versicherungsleistung	wenn Versicherungsschaden, kann und sollte das behooben werden
0.2352.5753	400 Jahr EG	in 2026 6.000 € einstellen	Die Stadt sieht für das Jubiläum der ältesten Schule der Oberpfalz 100 Euro vor. Relation stimmt nicht: Allein die Wirtschaftsschule kann pro Jahr 4.500 Euro für Feiern ausgeben, die Realschule 1.300 Euro.

Vermögenshaushalt

HHSt.	Lfd.Nr. / Maßnahme	Veränderung	Anmerkung
1.0891.9350	9, Tele-Arbeitsplätze	in 2026 bis 2029 je 50.000 € sperren	Umfang der Telearbeit soll im Personalausschuss überprüft werden, Ziel soll Reduktion des Ansatzes sein
1.0670.9341	13, Schaffung einer flächendeckenden und performanten W-Lan Infrastruktur in allen Ämtergebäuden	in 2026 8.000 € streichen	Teilfinanzierung für Teilausstattung nicht zielführend; in 2026 auf andere Maßnahmen konzentrieren; Angaben vage, daher konkretisieren, erneut beantragen für 2027
1.0670.9353	14, Erneuerung Videokameras	in 2026 5.000 € streichen	Offenbar reiner Ersatz; nicht zielführend; zukunftsfähiges Konzept erarbeiten
1.6011.9340	27, TERA-Gebäudemanager	in 2025 25.000 € sperren	In der letzten Haushaltsberatung gestrichen mit Verweis „vorhandenes Programm nutzen“; im Hauptausschuss Vergleich der Programme darlegen und insbesondere return of invest darstellen

1.0670.9343	39, Mitarbeitersensibilisierung Informationssicherheit (SoSafe)	in 2026 bis 2029 je 30.000 € streichen	extremer Aufwand; Kooperation mit Freistaat / OTH AW eruieren; Konzept für effiziente und effektive MA-Schulung im Hauptausschuss vorlegen
1.6300.9321	39, Gemeindestraßen / Erwerb von unbebauter Grundbesitz	in 2026 40.000 € sperren und in 2027 bis 2029 insg. 60.000 € streichen	Fahrradwege mit Mitteln des Radwegbudgets errichten und diese Maßnahme priorisieren; Grunderwerb über Jahre hinweg nicht nachvollziehbar; Grunderwerb im Hauptausschuss darstellen
1.1191.9355	56, Feldbetten mit Zubehör für Notunterkünfte	in 2026 40.000 € streichen	bereits Feldbetten in größerem Umfang angeschafft; im Hauptausschuss darstellen und ggf. für 2027 neu beantragen
1.4644.9420	74, KITA Ammersricht	in 2026 500.000 € streichen	reduzierter Ansatz reicht aus; bei Modulbauweise fließen Mittel kontinuierlich ab; bisher keine Vorlagen im Bauausschuss, daher Mittelabfluss in der geforderten Höhe fraglich
1.6101.9583	84, Naturdenkmäler	in 2026 150.000 € sperren	Umsetzung nur, wenn Fördergelder bereitstehen
1.6170.9882	89, Städtebaufördermittel Bergwirtschaft	in 2026 250.000 € einstellen	Projekt höchster politischer Priorität
1.0681.9456 und 1.0681.9458	96/97, Rathaus Brandschutz und Sanierung Toilettenanlagen	in 2026 insg. 1.050.000 € sperren	Kalkulationen, Ausbaustandards, Bauzeiten- und Mittelabflussplan im Bauausschuss vorlegen
1.0681.9451	98, Rauchmeldertausch	in 2026 50.000 € sperren	im Bauausschuss darlegen, wieso nur halbe Umsetzung geplant ist bzw. sinnvoll ist
1.7089.9507 1.6389.9507 1.7094.9580	148/149/150, Gewerbegebiete West II und Karmensölden		Rechtskraft der B-Pläne dringend herstellen

1.6392.9503	154, Ausbau Paulanerplatz	in 2026 50.000 € schieben	Ausbau erst, wenn Einnahmen Fördermittel dagegensetzt werden können
1.1434.9580	161, Hangwasserschutz Wagrain Süd	in 2026 40.000 € schieben	so lange Rahmenbedingungen nicht geklärt sind, kein Maßnahmenbeginn
1.6389.9505	177, Ausbau Kastler Straße inkl. Pflegerkreuz		ggf. vorziehen; Planung anpassen

Durch die vorgeschlagenen Veränderungen sowie dem zusätzlich gemeinsam mit der ÖDP gestellten Antrag können die Rücklagen um einen Betrag zwischen 1,5 und 2,7 Millionen Euro geschont werden (Je nachdem, in welchem Umfang gesperrte Gelder freigegeben werden.).

II

Der Stadtrat möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, in 2026 die Höhe der Abwassergebühren zu prüfen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, wie der Unterdeckung von 920.100 € bei der Abwasserbeseitigung entgegengewirkt werden kann.

Begründung: Die kostenrechnenden Einrichtungen als Sonderbudgets sind entsprechend der Vorgaben des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) kostendeckend zu planen und zu vollziehen.

III

Durch das Sondervermögen Infrastruktur werden den Ländern und Kommunen 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Ziel des Bundesgesetzgebers ist, dass mit den Mitteln weitere Investitionen insbesondere auch in Bildungs- und Mobilitätsinfrastruktur getätigt werden. Um, wie von der Bundesregierung gefordert, den Investitionsstau aufzulösen, sollen neue Maßnahmen gefördert werden. Die Kommunen sind allerdings haushaltsrechtlich recht stark gebunden, insbesondere was die Einteilung in erhaltende Maßnahmen (Verwaltungshaushalt) und Investitionen (Vermögenshaushalt) anlangt.

Die CSU-Stadtratsfraktion ist der Auffassung, dass Maßnahmen, die alte Strukturen grundlegend ersetzen, auf aktuellen technischen Stand heben oder in erheblichem Umfang erhaltend und erneuernd in bestehende Strukturen eingreifen als Investitionen gemäß dem Willen des Gesetzgebers zu verstehen sind.

Nach der Übereinkunft der kommunalen Spitzenverbände mit dem Freistaat wird es mehr Geld für Krankenhausinvestitionen geben, außerdem steht ein pauschales Investitionsbudget zur Verfügung, die Mittel für den Hochbau werden erhöht. Wie genau die Mittel den Kommunen zufließen werden, ist zum Zeitpunkt der Antragsstellung noch unbekannt.

Die CSU-Stadtratsfraktion ist der Auffassung, dass die Verwendung der zu erwartenden Investitionsmittel vom Stadtrat bereits in den anstehenden Haushaltsverhandlungen festgelegt werden sollte. Daher stellt sie folgenden Antrag:

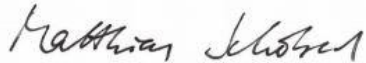
Der Stadtrat möge beschließen: Die Mittel, welche der Stadt Amberg im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, sollen zunächst für ebenso dringend benötigte wie bisher aufgeschobene größere Baumaßnahmen an den Schulen verwandt werden.

Das betrifft insbesondere die bereits gemeldeten Maßnahmen des Sonderbauunterhalts.

So bald feststeht, wie die Mittel der Stadt zur Verfügung gestellt werden und zu welchen Konditionen sie abgerufen bzw. eingesetzt werden können, werden die Maßnahmen vom Hauptausschuss auf Grundlage einer Vorlage der Verwaltung priorisiert. Weiterhin sollen auch Maßnahmen aus den Anforderungen für den Vermögenshaushalt einbezogen werden.

In den folgenden Jahren sollen dann auch andere Hoch- und Tiefbaumaßnahmen umgesetzt werden – die CSU-Stadtratsfraktion geht davon aus, dass bis dahin im Baureferat die Voraussetzungen für eine Umsetzung geschaffen sein werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Matthias Schöberl für die CSU-Fraktion